

DemokratieDirekt

Forum der Initiative für mehr Demokratie

Jg. 5/9
1/2006

In freier Abstimmung miteinander leben

"Keine Politik mehr gegen den Bürgerwillen!" So lautet ein überzeugender Spruch der Werbung für Direkte Demokratie. Er hat durchaus seine Richtigkeit und doch geht er genauso am Wesentlichen vorbei, wie es einfach falsch ist anzunehmen, dass ein Parlament, ein Landtag den Willen des Volkes vertreten kann.

Den Willen des Volkes gibt es nicht, es gibt nur das unterschiedliche Wollen der einzelnen Bürger und, in der Regel, deren desinteressierte Willenlosigkeit. Beides kann sich aber von einem Moment auf den anderen grundlegend ändern. Beispielsweise mit einem Ereignis wie Tschernobyl oder einer Ölkrise. Dann, wenn es passiert ist! Der Bürgerwille IST nicht, sondern er bildet sich und ist ständig im Wandel. Bewusst allerdings erst dann, wenn er sich auch zur Geltung bringen kann, so wie es die Direkte Demokratie möglich macht. Erlebt man hingegen bei jenen, die das politische Sagen haben, die irritierten Reaktionen auf Willensäußerungen, mit denen man ihnen widerspricht, scheint es, als würde es ihnen am besten passen, wenn Bürger zu Fragen des Gemeinwohls gar keinen eigenen Willen hätten. Das ist das denkbar schwärzeste Szenario. Am anderen Ende steht eine Gesellschaft von Bürgerinnen und Bürgern, die wissen oder danach suchen, was sie für sich und die anderen wollen und die auch danach handeln möchten. Droht da Anarchie, die Ordnungslosigkeit, weil jede/jeder etwas anderes will?

"Die beste Regierung ist jene, die die Menschen lehrt, sich selbst zu regieren." So Goethe, der auch ein Staatsmann war. Das wäre dann nicht eine Regierung über die Menschen, die ihnen alles abnimmt und Verordnungen zurückgibt, sondern eine zwischen den Menschen, eine Regierung, die das Willensspiel und die Zielsuche der Menschen so sich regeln lässt, dass ihre Stimmen sich ergänzend frei begegnen, sich aufeinander abstimmen und Übereinstimmungen finden können. Modern gesprochen heißt das jetzt "governance". Die Kunst des Regierens ist dabei nicht, die "richtigen" Entscheidungen zu treffen, sondern für möglichst viele Stimmen einen Raum entstehen zu



siehe Seite 4, r. u.

Wegmarken der Volksinitiative 2007 "Das Bessere Gesetz zur Direkten Demokratie"

17. August 06: Delegation der Initiative besucht die Sektion Politische Rechte der Schweizer Bundeskanzlei um Anregungen zum eigenen Volksinitiative-Entwurf einzuholen;

29. September 06: Anhörung mit Nadja Braun, Juristin der Sektion Politische Rechte der Schweizer Bundeskanzlei zur Frage: "Welche guten Regeln für eine funktionierende Direkte Demokratie?", organisiert in Zusammenarbeit mit potentiellen Unterstützerorganisationen zur Schaffung einer Grundlage für die Entscheidung über eine Beteiligung am Volksinitiativ-Bündnis (siehe Seite 4);

bis 31. Oktober 06: Die Organisationen entscheiden über ihre Beteiligung am Bündnis und, aufgrund dessen, die Mitgliederversammlung der Initiative über den Start der Volksinitiative;

bis 31. Dezember 06: Feinschliff am Gesetzentwurf und erste Vorbereitung der Kampagne zur Unterschriftensammlung;

2. Jänner 07: Einreichung des Antrages auf gesetzeseinführende Volksabstimmung bei der Südtiroler Landesregierung;

Jänner - Februar 07: Zweimonatsfrist, innerhalb der ein durch Auslosung bestelltes Richterkollegium den Gesetzentwurf auf seine Zulässigkeit begutachtet;

1. März - 1. Juni 07: Unterschriftensammlung, bei der innerhalb von 3 Monaten, also bis Ende Mai, 13.000 Unterschriften zusammenkommen müssen;

Juni 07: Überprüfung der Durchführbarkeit der Volksabstimmung durch das Richterkollegium;

Juli - Dezember 07: Behandlung des Gesetzentwurfes im Südtiroler Landtag und, im Falle einer Ablehnung, im

Frühjahr 2008: Landesweite Volksabstimmung über den Gesetzentwurf "Das Bessere Gesetz zur Direkten Demokratie".

lassen, in dem Verständigung stattfinden und Willen sich bilden kann.

In einer US-amerikanischen Stadt ist angesichts des drohenden Krieges mit dem Irak in einer Meinungsumfrage festgestellt worden, dass eine Mehrheit der Bewohner die militärische Intervention befürwortet. Die Reaktion darauf war die Durchführung - nach einer Jahresfrist - einer Volksabstimmung, deren Ergebnis eine an das Weiße Haus zu richtende Resolution sein sollte. Damit entstand ein öffentliches Interesse, ein öffentlicher Raum zu dieser Frage und eine intensive Auseinandersetzung darüber: Willensbildung. In der

Abstimmung sprach sich eine klare Mehrheit gegen die Intervention aus.

Abstimmen: das ist die Zauberformel der Zukunft, weil es im Grunde immer schon irgendwie stattfindet und nur bewußt zuzulassen und ihm öffentliche Gestalt zu geben ist. Das ist ein Sich-aufeinander-Abstimmen, wie es die Musiker eines Orchesters zu tun pflegen, um gemeinsam ein Musikstück zur eigenen und zur Freude der Zuhörer zu spielen. Sich aufeinander abstimmen, um gemeinsam auf eine zivile, erfreuliche und freundliche Art miteinander spielen zu können. Das setzt vollständige Freiheit des Einzelnen voraus,

ein jeglicher von uns muss in seiner Eigenart frei schwingen können. Das verlangt vollkommene Gleichberechtigung im Zusammenspiel. Dies bewusst in die Politik aufzunehmen heiße Direkte Demokratie!

Die Volksabstimmung ist eine Form dieses Abstimmens, eine hervorragende, wenn auch eine eher grobe im Vergleich zu den täglichen Feinabstimmungen, die über die zwischenmenschliche und die öffentliche Kommunikation stattfinden.

Das Ab-Stimmen geschieht sprachlich, mit der Stimme. „Wir reden, um uns zu einigen“. Vernunft entsteht sprachlich im Raum der öffentlichen Kommunikation, Vernunft stellt sich her in Verständigungsprozessen. Je mehr und je vielfältiger Menschen sich an dieser öffentlichen Kommunikation beteiligen, desto differenzierter wird die Wirklichkeit gesehen, desto angemessener wird auf sie eingegangen werden.

Volks-ab-stimmungen – lesen Sie dieses Wort jetzt anders?! Das Volk stimmt sich aufeinander ab. Volksabstimmungen sind die immer wieder zu erneuernde Ratifizierung eines in der Feinabstimmung wachsenden Übereinkommens zwischen uns Menschen. Ohne Volksabstimmungen sind diese Prozesse träge, in der Gesellschaft unsichtbar und unbewusst und die Menschen unvergleichlich orientierungsloser. Reformstau heißt das dann! Mit Volksabstimmungen erhält dieses untereinander Sich-Abstimmen eine neue Qualität. Wir kennen sie als Streitkultur. Volksabstimmungen in eigener Sache hat es bei uns noch nicht gegeben. Es wundert deshalb nicht, dass uns so sehr eine Streitkultur fehlt.

Damit sie sich bei uns entwickelt und sich Willen, Vorstellung und Übereinstimmung bilden kann, zu dem, was wir wollen, muss das Regelwerk der öffentlichen Verständigung stimmen: die Regeln der Demokratie! Sie stimmen bei uns ganz und gar nicht. Es tröstet nicht, dass sie anderswo auch nicht stimmen, aber es stimmt hoffnungsvoll, dass sie anderswo viel besser funktionieren. Deshalb auf zur ersten landesweiten Volksabstimmung über "Das Bessere Gesetz zur Direkten Demokratie"!

siehe Seite 4, r. u.

Stephan Laus



Beteiligung ... macht Schule!

Was Hänschen lernt

Ich möchte hier von meiner Erfahrung in einer sogenannten „freien“ oder „alternativen“, von Eltern gegründeten Schule mit nicht-direktiver Pädagogik nach Montessori und Wild erzählen, in welcher ich einige Monate tätig war. Damit man sich den Schulalltag vorstellen kann: Elf Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren entscheiden Tag für Tag selbst, womit sie sich wie lange und mit wem beschäftigen wollen, das heißt sie treffen so viele Entscheidungen wie möglich selbständig und in Eigenverantwortung. Wovon ich berichten möchte, betrifft nun eben den Aspekt der „Selbstverwaltung“ unter den Kindern. Vorausgeschickt sei, dass es an dieser Schule einige Grundregeln gibt, die den Rahmen für die Entscheidungsfreiheit bilden: so darf kein Schulmaterial beschädigt, niemand mit Worten und Taten verletzt und niemand in seiner Tätigkeit gestört werden.

Nun traf es zu, dass schon seit mehreren Wochen Unruhe unter mehreren Kindern herrschte, vermutlich hervorgerufen durch neu eingeschulte, die von der öffentlichen in diese Schule gewechselt hatten und sich noch mitten in der Umstellung befanden. Die Kinder nervten sich gegenseitig mit Kommentaren, Doppeldeutigkeiten und Gemeinheiten bis zur Schmerzgrenze. Besorgt beobachteten wir Begleitpersonen, wie sich die Konflikte von Tag zu Tag zuspitzen



und immer wieder gegen Grundregeln verstoßen wurde. Es war immer schwieriger geworden, einen „normalen“ Schulalltag in einer entspannten Atmosphäre zu gewährleisten.

Schließlich, nach mehreren Krisensitzungen mit den Kindern, die wohl im Gespräch, nicht aber konkret etwas gebracht hatten, beschlossen wir, die letzte Konsequenz zu ziehen: Wir teilten den Kindern mit, dass, wenn sie nicht

instande wären, innerhalb eines festgesetzten Termins selbst eine Lösung zu finden, die ein geregeltes Miteinander ermöglichte, die Schule geschlossen würde, weil wir Erwachsenen uns nicht mehr in der Lage sähen, hier mit ihnen zu arbeiten.

Die Kinder waren bestürzt; sie erkannten wohl, dass wir es ernst meinten, und dass wir tatsächlich an die Grenze unserer Möglichkeiten angelangt waren. „Ihre“ Schule schließen? Niemals! Der Älteste ergriff sofort die Initiative und trommelte alle zu einer Sondersitzung zusammen, von der wir Erwachsenen freilich ausgeschlossen waren. Nur den drei Kleinsten wurde schließlich erlaubt, sich doch wieder in ihre Puppenwohnung zurückzuziehen, da ihnen die Sache „zu hoch“ war. Schließlich ging die Tür auf und ein Elfjähriger jammerte: „Ich kann nicht mehr, das geht mir so auf die Nerven, das ganze Blabla, das bringt's ja eh nicht!“



Er trank einen Schluck Tee und verzog sich für eine Weile zum Lesen. Dann aber ging er doch wieder zur Sitzung. „Nicht, dass sie irgendeinen Stuss beschließen hinter meinem Rücken!“ Zwei Stunden vergingen, dann endlich strömten die Kinder, hochrot im Gesicht und vollkommen erschöpft, aus dem Raum. „Die Sitzung ist vertagt, wir machen morgen weiter!“

Tatsächlich wurden am nächsten Tag um 10 Uhr wieder alle zusammengetrommelt. Wir waren erstaunt über die Konsequenz und Energie, mit der sie sich dieser schwierigen Aufgabe stellten. Es kam der Tag, an dem sie uns ihre Entscheidung mitteilen sollten. Ergebnis: Sie hatten ein präzises Prozedere bei Verstößen gegen die Regeln ausgearbeitet. Wer fortan jemanden auf die Nerven ging, sollte eine Stunde lang allein in einem Kämmerchen sitzen müssen. Ebenfalls war der Älteste zum „Richter“ ernannt

worden, der bei Streitfällen, nach Anhörung von „Anwälten“, sein Urteil sprechen würde. Damit waren alle einverstanden. Nun wurde der Erfolg mit einem gemeinsamen Mittagessen gefeiert.

Am nächsten Tag schon krachte es ordentlich. Ein Junge behauptet, ein anderer hätte ihn wiederholt beleidigt. Der „Täter“ murzte, ging aber seine Strafe absitzen - eine halbe Stunde lang. Die anderen meinten, das würde auch schon reichen. Nicht damit einverstanden war der „Kläger“, der auf einer ganzen Stunde bestand. Um die Regel insofern abzuändern (ohne Milderungsmöglichkeit), wollte er sofort eine Sitzung einberufen, und lief aufgeregt von Kind zu Kind. Die anderen, vor allem der „Richter“, der für die Mittelschulabschlussprüfung lernte, hatten kein Interesse daran und so blieb es dabei.

Übrigens: Nach einiger Zeit wurde die Regel wieder einstimmig abgeschafft, da es immer wieder „Klagen“ gab, die nicht gerechtfertigt waren (manch einer fühlte sich bereits durch den angeblich „schrägen Blick“ eines anderen beleidigt), und weil dadurch die Frage aufgeworfen wurde, wie die Definition von „jemandem auf die Nerven gehen“ sei und wer dies kontrollieren sollte. Nach detaillierten Vorschlägen, darunter auch der Idee, überall Kameras zu installieren, wurde die Angelegenheit zugunsten wichtigerer Dinge begraben. Auch das „Hohe Gericht“, dessen Urteile immer wieder von „Rekursen“ bedroht waren, versandete schließlich.

Nach diesen Ereignissen bin ich für mich jedenfalls zur Einsicht gelangt, dass es sich zugunsten aller Beteiligten lohnt, solche Wachstumsprozesse zuzulassen, anstatt einzugreifen und dadurch zu verhindern, dass Lernen stattfinden kann! Der Friede, der dieser zermürbenden Zeit folgte und den wir alle aus ganzer Seele genossen haben, hätte, glaube ich, durch „Verordnungen von oben“ nicht entstehen können.

Sybille Tezzele Kramer



Eine engagierte Berufsschullehrerin meldet sich bei der „Initiative“: ob ich bereit wäre in eine Klasse mit angehenden Karosseriebauern zu kommen, 15 siebzehnjährige Burschen, um mit ihnen über Demokratie zu reden. Eine schöne Herausforderung, wenn man von den Vorurteilen ausgeht: Jugendliche wollen nichts von Politik wissen! Ich überlege lange: Vortrag ist ausgeschlossen, wir müssen zusammen etwas erleben! Demokratie in der Klasse durch-, nicht einfach nachspielen, versuchen zu erklären, zu was schlechte demokratische Spielregeln führen können und wo wir diesbezüglich stehen. Bald wird klar: Es ist ein Experiment mit völlig ungewissem Ausgang! Ich freue mich auf die zwei Schulstunden.

Das Schulgebäude in der Romstraße, nagelneu, angeblich vom Teuersten, ist eine Katastrophe, ihre Schüler, erzählt die Lehrerin, haben den richtigen Namen dafür gefunden: „Alkatraz“.

Die Schüler lassen sich bereitwillig auf mein Angebot ein. Die Aufgabe: Das Problem in ihrer Schule ausmachen, das ihnen zu lösen am wichtigsten ist und, die entsprechende Entscheidungsmacht vorausgesetzt, innerhalb einer Stunde sowohl auf parlamentarischem als auch auf direktdemokratischem Weg einen Lösungsvorschlag zu erarbeiten.

Was da vorerst an Problemen genannt wird, enttäuscht ein bisschen: Fenster öffnen und etwas trinken dürfen während der Stunde, die Klasse verlassen und ähnliches, kurz Bagatelprobleme, dann aber kommt's: Benotung des Schulpersonals durch die Schüler. Dieses Problem wird schließlich per Handaufheben mehrheitlich ausgewählt.

Erstaunlich wirklichkeitsnah

Besuch bei den Karosseriebauerlehrlingen

Nun wird die Schulklasse, so wie sie sitzt, nach links und rechts in zwei gleiche Hälften geteilt, wobei die eine repräsentativdemokratisch (7) und die andere direktdemokratisch (8) arbeiten soll. Folglich wählt die eine Hälfte drei politische Vertreter (und hier fängt mein Staunen an: ohne Vorgabe meinerseits, werden sie einfach ausgelost), und zieht sich das Wahlvolk (4) dann an die hintere Wand der Klasse zurück. Die andere Gruppe setzt sich im Kreis zusammen und bestimmt einen Schriftführer. Was wird die arbeitslose Zivilgesellschaft hinten machen? Das war eine der Unwägbarkeiten des Experiments. Nun, sie verlangen mitzureden bei der Arbeit ihrer gewählten Vertreter! Geht nicht! Das sind die Spielregeln.

Als Erste haben die politischen Vertreter ihren Auftrag erfüllt - parlamentarische Demokratie ist effizienter! (?) Dem direktdemokratischen Kreis müssen wir noch Zeit lassen. Dann kommt die Vorstellung! Der Präsident teilt mit, man habe befunden, dass die Umsetzung des Ansinnens wenig Sinn mache, weil das Wichtigste daran, nämlich konkrete Auswirkungen für die Benoteten, nicht durchführbar sei und somit nur Probleme entstünden und Unruhe in der Schule gestiftet würde. Deshalb habe man beschlossen, dieser Forderung nicht statt zu geben.

Proteste aus der Klasse werden laut! Was können wir machen, wenn wir mit den Entscheidungen unserer Politiker unzufrieden sind? Leserbrief schreiben, protestieren, auf die Strasse gehen, im Extremfall generalstreiken - alles ohne Gewähr. Wer tut sich's an? Dann halt das nächste Mal andere wählen, wieder ohne Gewähr und inzwischen wird Realität, was entschieden worden ist.

Jetzt kommt der Sprecher der acht Schüler, die direktdemokratisch nach einer Antwort gesucht haben. Ich staune: Es ist ein minuziös ausgearbeiteter Vorschlag, der auf Antrieb so durchdacht und überzeugend wirkt, dass man ihn gut veröffentlichen könnte. Vor allem fällt auf, mit wieviel Sensibilität die praktischen Folgen einer negativen Bewertung konzipiert

worden sind, ein Drei-Stufen-Modell mit reichlich Möglichkeit zur Bewährung und zum Lernen aus der Rückmeldung von den Schülern. Die Benotung also zuallererst eine Möglichkeit zur Selbstkorrektur, zur Weiterbildung und letztlich ein besseres Abstimmen mit den Schülern.

Ja, und dann meldet sich noch eine Gruppe, die gar nicht als solche vorgesehen war mit einer Stellungnahme, die sogenannte Zivilgesellschaft, die unter dem Ausgeschlossenensein gelitten hat. Und darüber entfaltet sich in der verbliebenen Stunde eine Diskussion mit der ganzen Klasse über das (Nicht-)Funktionieren der Demokratie, ihre Schwierigkeiten und über Verbesserungsmöglichkeiten, wie sie lebendiger und interessierter nicht hätte sein können. Sie wird notgedrungen abgebrochen, als schon die Lehrerin der nächsten Stunde darauf wartet, mit ihrem Unterricht beginnen zu können.

Reizt es nicht, noch viele andere Schüler eine solche Erfahrung machen zu lassen? Eine andere Gemeinschaftskunde ist möglich, genau so wie eine andere Politik!

Stephan Lausch



Politik demokratisieren und Wahlfreiheit erweitern

Um der Wählerschaft mehr Rechte zu verschaffen und die Legislative zu stärken, braucht es wesentliche Neuerungen im Wahlgesetz. Nicht die Absicherung der Macht der Parteien soll im Vordergrund stehen, sondern die Stärkung der Macht des Souveräns, des Wählers und der Wählerin.

Das beginnt schon bei der Direktwahl des Landeshauptmanns (oder -frau). Die Ausstattung einer einzigen Person mit einer übergroßen Machtfülle ist für die Demokratie abträglich. Das bestehende Wahlsystem mit den Vorzugsstimmen bringt schon mit ausreichender Klarheit die diesbezüglichen Präferenzen der Wählerschaft zum Ausdruck. Das immer noch verbreitete Politikverständnis „starke Männer an der Spitze werden es richten“ ist als solches im Bewusstsein der Menschen in Frage zu stellen, und die Möglichkeit der Rotation politischer Spitzenämter – wie beim Landtagspräsidenten – konkret zu fassen. Gar keine Frage ist es, dass das beschließende



Gremium unseres Landes nach Geschlechtern gleichmäßig besetzt werden soll.

Eine personelle Trennung von Landtag und Landesregierung vorzunehmen, wäre die Anwendung des Prinzips der Gewaltenteilung, das in den meisten Nachbarländern schon üblich ist. Damit verbunden ist eine Stär-

kung des Landtags, der bislang nur rein formal gesetzgeberische Funktion hat. Die allermeisten Gesetzesinitiativen stammen seit langem schon von der Landesregierung und werden im Landtag einfach absegnet. Damit wird das Verhältnis zwischen Legislative und Exekutive umgekehrt. Ebenso muss die freie Mandatsausübung der Landtagsabgeordneten festgeschrieben werden. Die Gewählten dürfen nicht gezwungen werden, sich Parteizwängen und Lobbyinteressen unterzuordnen, sondern müssen nach ihrem Wissen und Gewissen handeln können.

Eine entscheidende Rolle für eine zufriedenstellende Auswahl des politischen Personals spielt natürlich auch die Aussicht auf die Entlohnung. Dem Kostenfaktor einer Aufstockung der Zahl der Landtagsabgeordneten durch Trennung zwischen Regierungsmitgliedern und Abgeordneten muss mit einer drastischen Kürzung der Gehälter begegnet werden. Nicht Geld, Macht und Prestige sollen die entscheidende Anziehungskraft auf mögliche Kandidaten ausüben, sondern die Möglichkeit, sich für die Allgemeinheit einzusetzen und die Macht zu kontrollieren.

Doch die eigentlichen Innovationen, derer Südtirols Demokratie bedarf, sind die freie Nominierung von KandidatInnen und das listenübergreifende Wählen. Der Wählerschaft muss es endlich ermöglicht werden, stärker auf die politische Vertretung Einfluss zu nehmen als bisher, und zwar vor, während und nach der Wahl:

1. Vor der Wahl soll es allen Bürger/innen möglich gemacht werden, sich direkt an der Kandidatenaufstellung zu beteiligen. Südtirols Demokratie krankt auch daran, dass Personalentscheidungen nur in Parteizentralen unter Beiziehung mächtiger Verbände ausgeschnapst werden. Künftig sollen auch die Nicht-



Parteimitglieder – die große Mehrheit der Bevölkerung – mit Vorwahlen auf die Auswahl der Kandidaten Einfluss nehmen können.

2. Während der Wahl: Um die Wahlfreiheit des Einzelnen an der Urne zu erweitern, sollen die Vorzugsstimmen Kandidat/innen unterschiedlicher wahlwerbender Listen gegeben werden können. Diese Form des Wählens (auch „Panaschieren“ genannt, nach dem französischen „panaché“, buntstreifig machen) würde die Personen gegenüber den Parteien stärken.

3. Nach der Wahl muss die freie Mandatsausübung durch Abschaffung des Fraktionszwangs gestärkt werden. Der einzelne Abgeordnete ist der Südtiroler Bevölkerung für seine Entscheidungen verantwortlich, sonst niemandem.

Sollte das Wahlgesetz unerträglich wählerfeindlich ausfallen, kann mit mindestens 7.500 Unterschriften ein abschaffendes Referendum beantragt werden, mit dem dieses Wahlgesetz abgelehnt werden kann, und zwar ohne Quorum. Es sei denn, der Landtag verabschiedet das Wahlgesetz mit einer 2/3-Mehrheit. Es gibt durchaus Anlass, mit dem Zaunpfahl der Volksabstimmung zu winkeln.

Thomas Benedikter

„Bedeutsames Lernen“ in der Schule?



Auf den Stufen des Schulgebäudes sitzen verschlafene Schülerinnen und Schüler, die sich wieder durch den Schultag quälen werden. Hektisch laufen Lehrerinnen und Lehrer durch die Gänge. Am Kopiergerät herrscht Andrang. Nervös wird in Unterlagen gekramt, niemand ist ansprechbar. Die Glocke ertönt. Das Lehrerzimmer leert sich. Der Unterricht beginnt.

Seit über zehn Jahren bin ich in der Berufsschule tätig. Im Bemühen, den Lernenden ganzheitliche Kompetenzen für ihren späteren Beruf zu eröffnen, stellen Schulleute folgende Fragen: Wie sollen wir Interesse wecken, wie soziale Kompetenzen vermitteln, wie den Zweck des Lernens einsichtig machen? Vorweg: Das sind die falschen Fragen.

Erneuerungen gab und gibt es auf dem Feld der Didaktik und Methodik. Herkömmliche Formen des Unterrichts haben heute ausgedient. Lehrende als Animatore oder Alleinunterhalterinnen haben keine Chance mehr. Derzeit gruppieren Bildungsplaner Lerninhalte in sogenannte „Lernfelder“. Lernende sollen verstehen, dass alle Unterrichtsinhalte miteinander zu tun haben und in der beruflichen Praxis brauchbar sind. Eigeninitiative der Schülerinnen und Schüler ist erwünscht. Lehrende schlüpfen in neue Rollen, werden Lernbegleiter, Beraterinnen. So weit so gut.

Im dritten Stock des Schulgebäudes beugen sich sieben Lehrerinnen über ihre Notenregister. Es ist Semesterende. „Die Schülerin zeigt Bemühen, aber genügt sie den Anforderungen? Hat sie das Lernziel erreicht? Das Sozialverhalten weist zu wenig Eigeninitiative auf. Den Theorie-Praxis-Transfer hat sie nicht geschafft. Die methodische Kompetenz lässt zu wünschen übrig. Die Versetzung ist gefährdet.“ Die Lehrerinnen schwitzen ob der Aufgabe,

Beobachtungen in Ziffernnoten umzuwandeln.

Das ist ein Stück Schulalltag. Es muss so sein, oder? Mangelnde Distanz verleitet dazu, diesen Sachzwängen ohnmächtig zu erliegen. Lehrpersonen haben hierarchische Vorgaben: Sie entscheiden zwar über die Note einer Schülerin, nicht aber, ob Noten gegeben werden. In wichtigen Fragen, wie Bildungsplanung und Schulentwicklung, haben sie nur beratende Funktion. Anders als in der öffentlich-staatlichen Schule entscheidet in der Landesberufsschule der Direktor, notfalls auch gegen das Plenum der Lehrenden. Dieser verantwortet sein Tun einer höheren Verwaltungsinstanz, die mit Politik und Wirtschaft kommuniziert. Nein, nichts an der Berufsschule ist demokratisch. Obwohl Gremien der Mitbestimmung im Berufsschulwesen vorgesehen sind, haben Lernende in den für sie entscheidenden Fragen keine Mitsprache: Lerninhalte, Schulordnung, Stundenplan und Notengebung sind von anderen bestimmt.

Ruth Cohn, Begründerin des Instituts für Lebendiges Lernen (TZL) erforscht die Bedingungen des Lernens. Autoritäre Strukturen, so die Erkenntnis ihres humanistischen Ansatzes, verhindern die Selbstentfaltung des Menschen. Nur was Lernende sich selbst zu eigen machen, zählt, ist bedeutsam für ihr Leben. Das jeweils Bedeutsame kann nicht vorgeschrieben und kontrolliert, schon gar nicht von außen bewertet werden. Nur im Gespräch erfahren wir voneinander. Im Austausch werden Schülerinnen und Lehrerinnen gemeinsam zu Lernenden.

Die Gratwanderung als Lehrerin zwischen der Freude am Austausch mit Menschen und ihrer Entfaltung und den Ansprüchen der Institution Schule mit ihrem Regelwerk, das ich nur begrenzt mitbestimmen kann, ist eine anspruchsvolle, verantwortungsvolle Aufgabe. Die Gestaltungsräume zu erkennen und zu nutzen, den Umgang mit der Macht zu überprüfen, der eigenen und der fremden, das sind permanente Herausforderungen. Ruth Cohn sagt: „Wir sind nicht allmächtig, wir sind nicht ohnmächtig. Wir sind teil-

Hanna Battisti



Meran: Volksbefragung ja bitte!

Auf Druck einiger Pässeirer Wirtschaftstreibender plant die Landesregierung eine 3 km lange und 153 Mio.€ teure Tunnel-Umfahrungsstraße durch Meran. Land und Gemeinde Meran lehnten bisher eine Volksbefragung darüber ab.

Nun plant eine BürgerInnen-Initiative notgedrungen eine Selbstverwaltete Volksbefragung. Dabei sollen die BürgerInnen selbst darüber entscheiden können, ob die Entlastung der Stadt vom Verkehr aus dem Passeiertal, Dorf Tirol und Schenna durch den Küchelbergtunnel oder durch eine Tram-Bahn-Linie mit Seilbahnanchluss erfolgen soll.

Liliane Trentinaglia für das Promotoren-Komitee

Alte Fragen, neue Antworten

Halbe/Halbe... die intelligente Lösung der Verkehrsprobleme

Die Verkehrsproblematik beschäftigt uns fast täglich und niemand weiß so recht, wie man dieses Problem effizient lösen soll.

Was kann getan werden? Die Investitionen und Ausgaben für die Straßen reduzieren (heute über 120 Mio. € pro Jahr!) und die freien Mittel ins öffentliche Nahverkehrssystem (heute 20-25 Mio. € pro Jahr) stecken! Das heißt etwa 70 Mio. € für die Straßen und 70 Mio. € für das öffentliche Nahverkehrssystem im Haushalt jährlich zur Verfügung zu stellen.

Die Initiative „Halbe/Halbe“ wird eine Volksabstimmung anstoßen und diese wichtige Entscheidung für eine nachhaltige Verkehrspolitik der Bevölkerung überlassen.

Roman Zanon
Vorsitzender Dachverband für Natur- u. Umweltschutz



Auskunft aus der obersten Schweizer
Verwaltungsbehörde für Politische
Volksrechte in einer Anhörung

Welche Regeln für eine wirklich gut funktionierende Direkte Demokratie?

Dr. Nadja Braun

Juristin in der Sektion Politische
Volksrechte der Schweizer Bundeskanzlei

Freitag, 29. Sept. 2006
18 Uhr, Bozen

Merkantilgebäude, Silbergasse

Die Anhörung wird von der Initiative organisiert und von den potentiellen Unterstützerorganisationen für die Volksinitiative 2007 getragen. Sie soll die Grundlage bieten für eine bewusste und informierte Entscheidung zur Volksinitiative über ein Besseres Gesetz zur Direkten Demokratie. Zur Teilnahme herzlich eingeladen sind auch alle interessierten Bürgerinnen und Bürger.

Der Landesbeirat für Chancengleichheit
unterstützt das Anliegen der Initiative
für mehr Demokratie und lädt ein:

Was geht uns Frauen die Direkte Demokratie an?

Brigitte Krenkers

Initiatorin zahlreicher Projekte der Direkten
Demokratie und Gesellschafterin des OMNIBUS
FÜR DIREKTE DEMOKRATIE in Deutschland

Anna Capretti

Autorin des Buches: "Öffnung der Machtstrukturen
durch Referenden in Italien"

Vorträge

Bozen, Donnerstag 15. Nov. 06,
18-20 Uhr, Innenhof Landhaus I

Meran, Freitag, 16. Nov. 06,
20-22 Uhr im Frauenmuseum

Workshop

Bozen, Freitag, 17. Nov. 06,
14.30 bis 17.30 Uhr, Kolpinghaus

DD - Lexikon

Das Referendum

Innerhalb einer festgelegten Frist (z.B. 3 Monate) nach der Verabschiedung eines Gesetzes oder eines Verwaltungsaktes sammelt ein Promotorenkomitee eine vorgeschriebene Anzahl unterstützender Unterschriften und bringt damit den Beschluss der politischen Vertretung vor das Volk, das heißt zur Volksabstimmung. Hier entscheiden dann alle Stimmberechtigten darüber, ob der Gesetzentwurf oder der Verwaltungsakt in Kraft treten soll.

Das Referendum ist zusammen mit der Volksinitiative das wichtigste Instrument der Direkten Demokratie. Die Stimmberechtigten üben mit ihm eine direkte Kontrolle gegenüber den Entscheidungen ihrer politischen Vertretung aus. In Italien ist dieses Instrument bekannt als "referendum confermativo", ist bisher in seinem Einsatz aber auf Verfassungsänderungen begrenzt geblieben.

neuneu neu: www.dirdemdi.org



Mitgliederversammlung

Die Initiative für mehr Demokratie

entscheidet über den Start der
1. Landesweiten Volksinitiative

"Das Bessere Gesetz
zur Direkten Demokratie"

Samstag, 28. Oktober 2006,
Pfarrheim Bozen, Domplatz 8, 9 Uhr



Initiative für mehr Demokratie (*anerkannt als Volontariatsorganisation*)
Silbergasse 15, 39100 Bozen, T+F 0471 324987, info@dirdemdi.org
unsere Bankverbindung:
Raiffeisenkasse Bozen
IT53V 08081 11600 000300010332

Kontakt & Info

Herausgeber
verantwortlich
Redaktion
Lektorat
Layout
Foto
Erscheinungsort
Auflage
Druck
Initiative für mehr Demokratie / Iniziativa per più democrazia
Hanna Battisti
Hanna Battisti, Thomas Benedikter, Stephan Lausch,
Sybille Tezzele Kramer
Gerard Normand
Stephan Lausch
Hanna Battisti, Stephan Lausch
Bozen
11.000
Tipografia Alto Adige

Impressum

DemokratieDirekt ist beim Landesgericht Bozen unter der Nr. 8/2002 eingetragen.

*Ihre Daten werden ohne Ihre
Einwilligung an niemanden
weitergegeben und aus-
schließlich von der Initiative
verwendet. Wie vom Gesetz
Nr. 675 vom 31.12.1996
vorgesehen, können Sie je-
derzeit in Ihre von uns gespei-
cherten Daten Einsicht neh-
men, ihre Änderung oder ihre
Löschung verlangen. Verant-
wortlich für deren vertrauliche
Behandlung ist Stephan
Lausch.*

Zwischen Freitagsclub und Tafelrunde

Von der Reformation zu Goethe, Herder und Schiller, über Buchenwald, Gestapo und Stasi bis hin zur Volksinitiative "Mehr Demokratie 2003" – das Spannungsfeld, das die Geschichte der Stadt Weimar und mit ihr ganz Thüringens be- stimmt und ge- prägt hat, könnte größer nicht sein. Eine Bildungsreise der „Initiative für mehr Demokratie“ hat in dieser Geschichte auch nach Impulsen für Erziehung und Bildung gesucht – und reichlich gefunden.



„Erziehung war das Kernthema der Weimarer Klassik“, so Dr. Frithjof Reinhardt, der die Südtiroler Studiengruppe auf ihrer Reise begleitete. Und er verweist auf Christoph Martin Wieland, der als Prinzenzieher Karriere am Hofe der Herzogin Anna Amalia machte. Der Mensch sollte, so die Klassiker des 18. Jahrhunderts, vor jedem beruflichen Nutzen, eine allgemeine Bildung erhalten. Eine generelle Humanität sei dem Staat nützlicher als eine auf Lebenszwecke reduzierte Erziehung. Den theoretischen Überlegungen folgten praktische Entwürfe: die vom Reformpädagogen Salzmann gegründete Schule in Schnepfental, die durch Goethe eingeleitete Universitätsentwicklung mit der Einführung neuer Fächer und die Gründung der Humboldtuniversität. Revolutionär waren aber nicht nur die Inhalte, sondern auch die Form der Wissens- vermittlung. Frithjof Reinhardt nennt die Weimarer Klassik „einen großen Kommunikationsprozess“. Junge Intellektuelle setzten sich öffentlich mit den Denkern und dem Denken der Zeit auseinander. Sie taten dies in Tafelrunden, in „Gesellschaften“, in Clubs, Salons, Kneipen, bei Teeabenden, aber auch im Theater, in einer Unzahl von Zeitschriften und Journalen. Die Vorlesungen gerieten zu offenen Auseinandersetzungen über die neuesten Schriften der zeitgenössischen (Vor-)Denker. Heutige Bildungsbeauftragte würden von „Offenen Kommunikationsformen“ sprechen und können nur davon träumen, dass verordnete Bildung ansatzweise so virulent gerät, wie sie in Weimar und Jena zu Goethes und Schillers Zeiten gelebt wurde. Das „Netz öffentlicher Kommunikation“ der Weimarer Klassik, wie Frithjof Reinhardt es nennt, ist das Gegenteil einer „Refeudalisierung der politischen Öffentlichkeit“, die Demokratie, wie wir sie heute erleben, zur Worthülse reduziert.

Bilder auf der Titelseite: In Verbundenheit und
über alle Grenzen hinweg: Mehr Demokratie!
Volksbegehren "Mehr Demokratie in Thüringen" am 15.12.2000 in Erfurt
"Wertpapiere für die Demokratie" und "Das 22 Organisationen starke Bündnis"